

Zeitschrift für angewandte Chemie

Bd. II., S. 765—768 | Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten | 18. November 1919

Die Erzeugung synthetischen Ammoniaks im Urteil unserer Feinde.

Das Londoner „Journal of the Society of Chemical Industry“ bringt in seiner Nummer vom 30./9. über die Ammoniakfabrikation in Oppau aus einem Bericht des Leutnants R. E. Mc Connell im Septemberheft des „J. Ind. Eng. Chem.“ weitere Einzelheiten. Leider — so heißt es — hätten die Deutschen sich gegen eine eingehende Besichtigung durch ihn verwahrt, und er habe die Fabrik nur drei Tage lang in Augenschein nehmen können; es wäre ihm nicht einmal erlaubt gewesen, sie in tatsächlichem Betriebe zu sehen. Er macht folgende Angaben: Während des am 1./11. 1918 endenden Jahres stellte die Fabrik 90 000 l/t gebundenen Stickstoffs her; d. i. ein Fünftel der Gesamtausfuhr Chiles an Salpeter, die im gleichen Zeitraum 3 Mill. t betrug, und zehnmal so viel als die Haberanlage der amerikanischen Regierung in Sheffield, Alabama. Rechnet man hierzu die Erzeugung des Leunaer Werkes („a factory near Halle“), die mit 125 000 t angegeben wird, so wäre damit eine Ausbeute gleich der Hälfte der Gesamtausfuhr Chiles erreicht. Amtlich ist im Reichstag festgestellt worden, daß 400 000 t gebundenen Stickstoffs in Deutschland im Jahre 1916 erzeugt worden sind. Wie dem auch sei, so viel steht fest, daß Deutschland Stickstoffverbindungen in etwa demselben Ausmaße auszuführen imstande ist, als sein eigener Verbrauch an Chilesalpeter vor dem Kriege betrug (750 000 t). Die Leistungsfähigkeit der Oppauer Werke wird gegenwärtig folgendermaßen geschätzt:

	t jährlich	gebund. N
Ammoniumnitrat	10 000	3 450
Natriumnitrat	130 000	21 410
Salpetersäure (100 % ig)	40 000	8 890
Ammoniak (flüssig)	40 000	32 900
Insgesamt	—	66 700

Die Kosten der Anlage wurden zu 5—10 Mill. Pfd. Sterl. ermittelt; heute würde eine ähnliche Anlage in den Vereinigten Staaten mindestens 13 Mill. Pfd. Sterl. kosten. Die Fabrik beschäftigt 1500 Arbeiter, 3000 Handwerker, 350 Kontoristen und 300 Chemiker. Der tägliche Verbrauch von Brennstoff beträgt 1750 t Braunkohle und 500 t Koks, und die Betriebskosten belaufen sich für den Tag auf etwa 11 000 Pfd. Sterl., einschließlich Abschreibungen usw. In der Annahme, daß die Fabrik in normalen Zeiten für ein Zehntel des Jahres zur Ausführung von Reparaturen stilliegen müßte, würden die Gesamtkosten des Betriebstages 11 600 Pfd. Sterl. betragen und die Ausbeute 553 000 lb. gebundenen Stickstoffs, d. h. die Gestehungskosten würden etwa 5 1/2 d für 1 lb. sein, was einem Preise des Chilesalpeters von 0,87 d entsprechen würde (für diesen wurde zuletzt ein Preis von 9 sh. für 1 Ztr. oder 1 d für 1 lb. in Chile gemeldet). Würde das gesamte Ammoniak in 100 % ige Salpetersäure umgewandelt, könnte die Anlage Säure zu einem Preise von nicht über 3 Cents (1 1/2 d) für 1 lb. herstellen. Die Kosten belaufen sich vor dem Kriege in den Vereinigten Staaten für Salpetersäure aus Chilesalpeter auf 5—6 Cents (2 1/2—3 d), heutzutage sind sie natürlich noch viel höher. Der Bericht schließt mit einem Hinweis auf die ersten Folgen, die entstehen, wenn Deutschland ein Monopol in diesen Stickstoffverbindungen erlangt.

Wir geben vorstehende Mitteilungen wieder und bemerken lediglich zu den Erzeugung- und Rentabilitätsberechnungen, daß die Grundlagen und Voraussetzungen dazu heute mindestens nicht mehr zutreffen. Interessant ist auf jeden Fall das Eingeständnis, daß man drüben bis jetzt noch keine befriedigenden Ergebnisse bei der Herstellung synthetischen Ammoniaks erzielt hat. Sf.*

Wochenschau.

(7./11. 1919.) Im Börsenverkehr hat bessere Einsicht im Laufe der Berichtswoche nun endlich die Oberhand behalten, so daß es den Anschein gewinnt, als ob die Hochbewegung ihren Höhepunkt nun endlich erreicht hat, wenn auch in einigen wenigen Fällen noch außergewöhnliche Kurssteigerungen eingetreten sind. Daß die Eisenpreise für den Monat November weitere Steigerungen nicht erführen, hat zur Beruhigung der Börse offenbar nicht wenig beigetragen. Wie es mit den Kohlenpreisen gehalten werden wird, steht im Augenblick noch dahin. Die Regierung läßt die Verhältnisse bei einzelnen Gesellschaften im Ruhrbergbau diesmal besonders genau

prüfen, das dauert noch einige Tage, so daß die Entscheidung über die Kohlenpreise sich bis weit in den November hineinziehen wird. Es ist aber möglich, daß auch die Kohlenpreise für November wenigstens unverändert bleiben werden. Im allgemeinen läßt die Äußerung der Gewerkschaft Konstantin der Große hinsichtlich ihrer Ausbeute für das vierte Quartal darauf schließen, daß sich die Lage des Ruhrbergbaues langsam bessert. Gerade die Preispolitik des Ruhrbergbaues bedingt die größte Vorsicht, da Preiserhöhungen für Kohlen sich erfahrungsgemäß lawinenartig fortpflanzen, wodurch der nun schon seit Jahresfrist herbeigewünschte Ruhepunkt in unserer gesamten Wirtschaft immer weiter hinausgeschoben wird. Das Verlangen des Bergbaues nach Preiserhöhung ist diesmal übrigens ziemlich weit gesteckt, so daß gegen weitere Erhöhung der Kohlenpreise erst recht Bedenken geltend gemacht werden müssen. Wenn dem Bergbau eine mäßige Erhöhung der Preise nützt, so wäre unseres Erachtens der Versuch zu machen, den Großverbrauchern die Verpflichtung aufzuerlegen, ihrerseits von Preiserhöhungen für ihre Erzeugnisse Abstand zu nehmen. Vielleicht geht es auch so, ohne daß mit Erhöhung der Kohlenpreise automatisch die gesamte Industrie mit der gleichen Maßnahme antwortet. Berücksichtigt man die heutigen Eisenpreise, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Werke im allgemeinen nehmen, was sie nur bekommen können, so daß sich allmählich Verkaufspreise herausgebildet haben, die eine Belastung durch höhere Kohlenpreise sehr wohl vertragen können. Kommt es zu einer Erhöhung der Kohlenpreise, so wird dadurch dem Börsenverkehr wieder einmal neue Anregung gegeben, andererseits glauben wir, aus den gerade während der Berichtswoche wieder erheblich gestiegenen Kursen von Anteilen führender Bergwerksgesellschaften schließen zu müssen, daß die höheren Kohlenpreise darin schon zu erkennen sind und nur noch formell bewilligt zu werden brauchen. Die Valutaschwierigkeiten bereiten uns wirklich ernste Sorgen. Die Reichsmark scheint im Auslande nun jeden Halt verloren zu haben. An Devisen fehlt es bei uns. Die Nachfrage danach war bei der Reichsbank im Laufe der Woche sehr stark, das Angebot jedoch unbedeutend, die Kurse einzelner Devisen mußten gestrichen werden. Die beschlossenen oder in Aussicht genommenen Kapitalerhöhungen scheinen in den Kursen der Industripapiere mehr und mehr zum Ausdruck zu kommen. Die höheren Kapitalbeträge müssen die Dividenden naturgemäß kleiner machen. Damit hat nun auch das Ausland bei weiteren Käufen zu rechnen, so daß die Börsenkurse jetzt wohl mehr die umgekehrte Richtung einschlagen werden. An der Frankfurter Börse notierten am 5./11. Aschaffener Zellstoff 239, Zement Heidelberg 186, Anglo-Kont. Guano 334, Badische Anilin und Soda 450, Gold- und Silber-Scheideanstalt 500, Chem. Fabrik Goldenberg 425, Th. Goldschmidt 328, Chem. Fabrik Griesheim 255, Farbwerke Höchst 362,25, Verein chem. Fabr. Mannheim 297, Farbwerke Mühlheim 144, Chem. Fabr. Weiler 240, Holzverkohlung Konstanz 249, Rütgerswerke 204,50, Wegelin Ruß — (tags vorher 175), Chem. Werke Albert — (439), Schuckert Nürnberg 148,50, Siemens & Halske Berlin — (225), Gummiwaren Peter 245, Kalkwerke Dornap 183, Lederwerke Rothe Kreuznach 200, Gasmotoren Deutz 169,50, Verein Deutscher Ölfabriken Mannheim 192, Zellstofffabrik Waldhof 219, Zellstoff Dresden — (—), Zuckerfabrik Badenia 347,75, Zuckerfabrik Frankenthal — (—)%.

Der gewaltsame Eingriff in unsere Verkehrsverhältnisse durch Einstellung des Personenverkehrs auf der Eisenbahn erwies sich als eine dringend notwendige Operation an dem fieberkranken Körper unserer Wirtschaft, welche schon viel früher hätte vorgenommen werden müssen, um die Lager mit Brennstoffen für den Winter aufzufüllen. In Oberschlesien wie an der Ruhr lagern nach vorsichtiger Schätzung etwa 1 1/2—1 3/4 Mill. t Kohlen, welche, im ganzen genommen, zwar nur für kurze Zeit reichen, zur Milderung der Kohlennot aber schon wesentlich beitragen können. Die Kohlengewinnung ist übrigens langsam in der Zunahme begriffen, wie den Berichten aus den verschiedenen Kohlenrevieren entnommen werden kann. Mit der Zunahme der Gewinnung steigt auch der Verdienst der Bergwerke, was bei der Bemessung der Kohlenpreise nicht übersehen werden darf. Da mit der Tatsache gerechnet werden muß, daß die Entente im Laufe der nächsten Zeit weitere Anforderungen an die Lieferung von Brennstoffen stellen wird, so kann uns die Steigerung der Kohlengewinnung in Wirklichkeit nur wenig nützen. Mit Erfüllung der eigentlichen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage ist bisher noch nicht begonnen worden. Sie belaufen sich auf monatlich etwa 3 1/3 Mill. t, wovon nach allerdings außeramtlichen Angaben der Verband zunächst die Hälfte = 1 2/3 Mill. t, beansprucht.

Hierauf ist seit einiger Zeit mit Vorleistungen in Höhe von 500 000 t monatlich begonnen worden, so daß vielleicht in nicht zu ferner Zeit die Pflichtlieferungen ganz erheblich erhöht werden. Schlimm liegen die Verkehrs- und Brennstoffversorgungsverhältnisse in Süddeutschland, weshalb die Regierung hier auf Besserung in erster Linie bedacht ist, um einer Katastrophe in der Ernährung der Bevölkerung vorzubeugen. Zu welch ungesunden Verhältnissen wir es im Laufe der Zeit gebracht haben, zeigt die zum ersten Male seit langer Zeit wieder stattgefundene öffentliche Verdingung von Altzeug bei der Eisenbahndirektion in Essen an. Die Preisgebote der Händler bewegten sich für die einzelnen Lose zwischen 600—800 M., das ist fast das Fünffache aus der Friedenszeit. Seit der Auflösung der beiden Schrotvereinigungen beherrschen nur einige Firmen das Geschäft und können beliebige Preise bieten und — von den Verarbeitern fordern. Über die hohen Eisenpreise braucht man sich daher nicht zu verwundern. Es wäre unseres Erachtens hohe Zeit, wenn die Regierung sich auch um die Verhältnisse am Schrotmarkt einmal etwas kümmern wollte. Heraus aus der Wucherwirtschaft! Anscheinend geraten wir immer tiefer hinein. — Trotz aller Verhetzung durch gewissenlose Elemente, welche nur zu gern durch einen Generalstreik unsere kranke Wirtschaft in Unordnung bringen möchten, läßt die Haltung der Arbeiterschaft doch von Woche zu Woche erkennen, daß der Sinn für angestrengteste Arbeit zurückkehrt. Aus Winkeln, wo lange Zeit radikale Elemente die Herrschaft führten, kommt, jedenfalls zum Erstaunen weiter Kreise, das Verlangen, die Arbeit am Buß- und Bettage nicht ruhen zu lassen. In der Tat ist ja in der gesamten Industrie genügend Arbeit vorhanden. Der gute Verdienst der arbeitenden Kreise durch die Wiedereinführung der Akkordarbeit macht außergewöhnliche Arbeitsunterbrechung mehr und mehr unerwünscht. Die Einstellung des Personenverkehrs auf der Eisenbahn hat dem gesamten Schiebertum für einige Zeit das Lebenslicht ausgeblasen, eine Wirkung, welche wohl niemand in diesem Umfang vorausgesehen hat und die darum mit um so größerer Genugtuung zu begrüßen ist. Die Bahnhöfe an der Grenze zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet liegen verödet da, das widerliche Straßenbild in der nächsten und näheren Umgebung der Bahnhöfe hat sich wie mit einem Zauberschlage geändert. Es ist nötig, daß der Personenverkehr im Laufe des Winters noch häufiger ausgesetzt wird, womit dann aller Voraussicht nach auch das Schiebertum beseitigt werden kann. Was Polizei und Staatsanwalt bisher nicht fertiggebracht haben, gelingt der Not der Zeit. Gegen Wucherer und Schieber treten jetzt auch die arbeitenden Kreise in die Schranken, wie überhaupt auch ohne die Einstellung des Personenverkehrs auf der Eisenbahn in der Bekämpfung dieser Seuche seit einiger Zeit merkwürdige Erfolge zu verzeichnen gewesen sind. Das Verlangen der Belegschaften einiger Ruhrzechen geht dahin, auf Grund gesetzlicher Maßnahmen Wucherer und Schieber als Landesverräter zu erklären und dementsprechend zu bestrafen. Wem die großen Schleichhandelsgeschäfte hin und wieder unter die Augen kommen — von den kleinen wollen wir überhaupt nicht reden —, kann das Verlangen der Bergleute nur billigen. Wenn die vorhandenen Lebensmittel, wie beispielsweise frisches Fleisch, das im Industriegebiet seit Wochen nicht zu sehen ist, aber im Schleichhandel trotz aller Überwachungsmaßnahmen in ansehnlichen Mengen umläuft, gleichmäßig auf geordnetem Wege verteilt würden, so daß die Bevorzugung einzelner ausgeschlossen ist, wäre mehr Zufriedenheit in den arbeitenden Kreisen geschaffen, der dann größere Arbeitsleistungen schon folgen würden. Die Stimmung unter der Arbeiterschaft ist Unruhen und Arbeitsunterbrechungen in der Mehrzahl abhold, wie die Vorgänge in der Berliner Metallindustrie überzeugend dartun. So wie wir sie aus eigener Anschauung beurteilen, hat die Arbeiterschaft durchaus recht, wenn sie ablehnt, zu arbeiten, während einige Prasser ihren Genüssen keinerlei Grenzen ziehen. Darum fort mit dem Schleichhandel, der dem Arbeiter wie der Allgemeinheit die wichtigsten Nahrungsmittel entzieht oder verteuert. — In der Schwerindustrie gehen schon seit einiger Zeit weitausgreifende Fusionspläne um, welche sich zu bestimmten Vorschlägen bisher jedoch noch nicht verdichtet haben. Sowohl große Kohlen- wie auch Eisenunternehmungen wurden hierbei genannt. Wenn in der letzten Zeit solchen Meldungen wieder Dementis gefolgt sind, so ist es andererseits doch sicher, daß wir am Anfang einer Fusionsbewegung stehen, die zur Steigerung der Börsenkurse neuerdings auch etwas beigetragen hat. In Verbindung mit solchen Fusionsplänen waren sowohl westfälische als auch rheinische Unternehmungen genannt. Die Dividendenlosigkeit mancher Unternehmungen läßt sie allerdings als zur Aufsaugung durch geldkräftige Unternehmungen geeignet erscheinen. — Kapitalserhöhungen außer in der Industrie und bei den Banken stehen auch bei den führenden Schiffahrtsgesellschaften bevor, welche zum Teil schon fest umgrenzt sind. Starke Ankäufe von Schiffahrtsaktien für Rechnung des Auslandes haben die Werte bekanntlich stark in die Höhe getrieben. Da die Schiffahrtsgesellschaften im allgemeinen über reichliche flüssige Mittel verfügen, so können geldliche Maßnahmen nur den Zweck verfolgen, einer Überwucherung durch ausländische Einflüsse vorzubeugen, die an einigen Stellen in der Industrie bereits eingetreten ist. Bei dieser Gelegenheit dürfte es angebracht sein, auf die Gefahr der Über-

wucherung immer wieder hinzuweisen, obgleich das Ausland seine Anschaffungen von Industripapieren bei uns etwas eingeschränkt hat. Wir würden es für zweckmäßig ansehen, wenn die Regierung mit Hilfe der Banken darüber Erhebungen anstellen wollte, welche Industriewerte in der letzten Zeit in den Besitz von Ausländern übergegangen sind, um vor Überraschungen geschützt zu sein. — Entsprechend der Haltung des Deutschen Stahlbundes hat auch der Roheisenverband in seiner Generalversammlung vom 4./11. die Preise für den Monat November unverändert gelassen. Die Nachfrage nach Roheisen war in der letzten Zeit so dringend wie nie zuvor, während die Werke aus Mangel an Koks und infolge ungenügender Wagengestellung an der Arbeit wie am Versande ganz empfindlich behindert sind. —k.**

Aus Handel und Industrie Deutschlands.

Allgemeines.

Der Arbeitsmarkt im September 1919. Die zwangsweise Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigten und neuerdings auch der zurückgekehrten Kriegsgefangenen beherrscht den Arbeitsmarkt in höherem Grade als Angebot und Nachfrage. Es kann daher nicht überraschen, daß die vorliegenden statistischen Übersichten durchweg eine Verbesserung gegen den Vormonat aufweisen. Zusammenfassend ergibt sich ein Bild von seltener Geschlossenheit: höhere Beschäftigtenzahl, geringere Arbeitslosen- und Erwerbslosenzahl und gleichzeitiges Nachlassen des Andrangs bei den Arbeitsnachweisen. Und doch haftet dem Ganzen infolge der zwangsweisen Wiedereinstellung ein künstlicher Zug an. Wäre der Arbeitsmarkt frei, so hätte diese Entwicklung unbedingt eine erhöhte Erzeugung, wenigstens in den hauptsächlichsten Gewerbebezügen hervorrufen müssen. Das läßt sich aber nur gegen den Vormonat in geringem Maße bei der Kohlenförderung (Ruhrgebiet 6,51 gegen 6,46 Mill. t, Oberschlesien 2,39 gegen 1,40 Mill. t) und Walzwerkserzeugung (612 564 t gegen 602 187 t) feststellen, während an Roheisen und Stahl auch gegen den August d. J. und gegen den September 1913 in allen genannten Erzeugnissen erhebliche Minderleistungen eingetreten sind. Zum Teil hängen sie mit dem andauernden Streikfieber zusammen, das diesmal besonders in der Berliner Metallindustrie und in dem Seemannsstreik in den Hafentstädten hervorgetreten ist.

Größere Beschäftigtenzahlen bei geringeren Leistungen bedingen erhöhte Preise. So hat sich im Berichtsmonat eine Welle von Preissteigerungen, angefangen von der Kohle, dem Roheisen, den Stahl- und Walzwerkserzeugnissen über Deutschland ergossen. Soweit sie dazu beiträgt, die deutschen Erzeugnisse angesichts des dauernden Tiefstandes der Markwährung zu angemessenen Preisen an das Ausland abzugeben, kann sie nur willkommen sein. Je länger, desto mehr zeigt es sich, daß die weltwirtschaftliche Verknüpfung der Länder allen Absperrungsmaßnahmen zum Trotz den gegenseitigen Austausch der Erzeugnisse dringend benötigt. Der Berichtsmonat brachte zahlreiche Auftragsaufträge. Auch in Arbeiterkreisen beginnt die Einsicht sich zu verbreiten, daß wir ein hohes Interesse daran haben, diese Aufträge rechtzeitig auszuführen und unbedingt mehr schaffen müssen, um die zahlreichen Schwierigkeiten zu überwinden. Bemerkenswert ist, daß sich in der Düsseldorfer Metallindustrie rund 50 000 Arbeiter bereit erklärt haben, wieder gegen Stücklohn zu arbeiten, und im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau einzelne Belegschaften freiwillig Sonntagsschichten vorzuführen wollen, um die große Kohlennot des Landes zu mildern.

Bergbau- und Hüttenwesen. Die Steinkohlenförderung Deutschlands wies im September eine leichte Besserung gegen den Vormonat auf, da bei der gleichen Zahl der Arbeitstage (26) diesmal keinerlei Streiks zu verzeichnen waren. Insbesondere hat die arbeitstägliche Förderung in Oberschlesien, die vor dem Streik wenig über 80 000 t betrug, in der Woche vom 1.—6./9. durchschnittlich 87 198 t und in der zweiten Monatshälfte sogar einen Betrag von 94 800 t erreicht. Insgesamt förderten die zur Oberschlesischen Kohlenkonvention gehörenden Zechen 2 394 544 t gegen 1 400 880 t im Vormonat. Die im Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat vereinigten Zechen verzeichneten im Berichtsmonat eine Steinkohlenförderung von schätzungsweise 6,57 Mill. t gegen 6,46 Mill. t im Vormonat. Die arbeitstägliche Erzeugung stellt sich durchschnittlich auf 250 391 t gegen 248 514 t im Vormonat. Bei den staatlichen Saarkohlengruben wies die Förderung gegen den Vormonat einen Rückgang um 38 000 t auf. Die Kohlenabfuhr versagte selbst gegenüber dieser leichten Steigerung der Förderung. Das hing zunächst damit zusammen, daß der Wasserstand des Rheins im Berichtsmonat erheblich gesunken war, so daß die Ladefähigkeit der Kähne nicht voll ausgenutzt werden konnte. Außerdem setzten gegen Ende des Monats bereits die Rübentransporte ein, so daß die Eisenbahn auch anderweitig in erheblichem Maße beansprucht wurde. Die Wagengestellung im Ruhrgebiet, die Anfang des Monats noch 17 500 Wagen werktäglich betragen hatte, ging schließlich auf rund 13 500 Wagen zurück, so daß die Eisen-

bahnverwaltung sich wieder genötigt sah, für das ganze Zulaufgebiet am 27./9. eine vollkommene Sperre für die Annahme von Gütern in offenen Wagen außer Brennstoff zu verhängen. Die Fehlziffern, die sich bereits in gleicher Höhe mit der Wagengestellung bewegten und rund 12 500 Wagen täglich betrug, gingen darauf zurück. Neben der ausschließlichen Einstellung des offenen Güterverkehrs der Eisenbahn auf die Kohlenbeförderung wurde ein Teil der nicht abgefahrenden Mengen zur Ausfuhr nach Holland freigegeben, um zu verhindern, daß die Zechen erhebliche Mengen auf Lager nehmen mußten. Dadurch ist eine Erhöhung der Ausfuhrmenge um etwa 50 000 auf rund 100 000 t im Monatsdurchschnitt eingetreten. Mit Frankreich wurde ein vorläufiges Abkommen auf Lieferung von 500 000 t Rohkohle monatlich getroffen. Das Kohlensyndikat liefert die Kohlen auf dem Wasserwege bis Rotterdam, wo die Umladung in Seeschiffe erfolgt. Die gelieferten Mengen werden auf die im Friedensvertrag vorgesehenen Lieferungen nach dessen Ratifizierung angerechnet werden. In Oberschlesien mußten einzelne Zechen die Förderung abschwächen, da die Eisenbahnverwaltung nicht imstande war, die geförderten Mengen abzufahren. Die Haldenbestände haben zugenommen. Für den deutschen Verbraucher ergab sich infolge der geringen Kohlenabfuhr und der begonnenen Lieferungen an die Verbandsmächte eine sehr mangelhafte Versorgung. Neben den Eisenbahnen können in der nächsten Zeit nur die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, der Hausbrand und die allerwichtigste Lebensmittelindustrie bedient werden. Eine Verbesserung ließe sich vielleicht dadurch erzielen, daß die Verkehrswege zu Wasser und zu Lande nur noch zur Verfrachtung hochwertiger Brennstoffe in Anspruch genommen werden. Neuerdings mehren sich die Klagen über die Geringwertigkeit der zugeteilten Kohlenmengen, die erhebliche Rückstände verursachen.

Wie schwierig die Lage des Bergbaues zurzeit ist, läßt sich am besten an dem Abschluß der Vereinigten Königs- und Laurahütte, A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb erweisen, der für 1918/19 einen Gesamtverlust von 10,82 Mill. M aufweist.

Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau war die Beschäftigung regelmäßig und gut, obgleich infolge der durch die verkürzte Arbeitszeit geminderten Leistungsfähigkeit eine volle Ausnutzung der Betriebsanlagen nicht erzielt werden konnte. Demnach reichten auch die verfügbaren Kohlenmengen, besonders an Briquets, nicht zur Deckung der lebhaften Nachfrage aus. Wesentlich beeinträchtigt wurde der flotte Geschäftsgang durch den anhaltenden starken Wagenmangel, über den besonders in den Eisenbahndirektionsbezirken Erfurt, Halle und Magdeburg geklagt wurde. In einigen Bezirken erreichte der Ausfall in der Wagengestellung die Höhe von 50% und mehr. — Das im Regierungsentwurf vorgesehene mitteldeutsche Braunkohlensyndikat ist gegen Schluß des Berichtsmonats zustande gekommen. — Das Niederlausitzer Briquetsyndikat hat seine Preise mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministeriums um rund 6 M je t und das Rheinische Braunkohlen-Briquetsyndikat um rund 9 M die t einschließlich Kohlen- und Umsatzsteuer erhöht.

Die Roheisengewinnung Deutschlands betrug im September nach den Berichten des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller schätzungsweise 529 086 t gegen 569 375 t im August und 819 456 t im September 1918 (ohne Elsaß-Lothringen und Luxemburg). In der Zeit vom Oktober 1918 bis einschließlich September 1919 wurden insgesamt 6 581 287 t Roheisen gewonnen gegen 9 691 790 t in der gleichen Zeit des Jahres 1917/18. Die Mindererzeugung beträgt 3 110 503 t oder 32%. Setzt man die Erzeugung vom Oktober 1918 gleich 100, so wurde die geringste Erzeugung mit 54,2% im Streikmonat April und die höchste von 71,5% im Juli dieses Jahres erzielt. Im September betrug sie nur noch 65,1%. Wesentlich gebessert hat sich die Roheisengewinnung nur in Schlesien, wo sie von 33 962 t im Vormonat auf 42 498 t im September gestiegen ist. Dagegen zeigt Rheinland-Westfalen einen Rückgang von 363 470 t im Vormonat auf 328 640 t im September. Die durchschnittliche arbeitstägliche Erzeugung ist von 18 367 t im August auf 17 636 t im September gefallen.

Im Zusammenhang mit der erheblichen Steigerung der Kohlen- und Kokspreise und der Frachterhöhung um 50% hat der Roheisenverband die Preise für Hämatiteisen um 162 M, für Gießereirohisen I und III um 135 M, für Luxemburger Gießereirohisen um 151 M, für Siegerländer Stahleisen um 112 M und für Siegerländer Spiegeleisen um 121 M je t erhöht. Der Versand des Roheisenverbandes betrug im September 116 890 t gegen 124 451 t im Vormonat.

Der Absatz des deutschen Kalisyndikats ist in den ersten 9 Monaten d. J. gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahrs um rund 3 Mill. dz reinen Kali zurückgeblieben. Die Aussichten für das letzte Vierteljahr sind angesichts des Kohlenmangels und der schlechten Wagengestellung ungünstig. Darunter leidet die deutsche Landwirtschaft und Industrie, deren Kalibedarf nicht annähernd gedeckt werden kann. Mit Rücksicht auf die hervorragende Wichtigkeit der Versorgung der inländischen Landwirtschaft mit Kalisalzen hält sich das Ausfuhrgeschäft in sehr bescheidenen Grenzen.

Die zuletzt geschiederten Schwierigkeiten, unter denen die Eisen- und Metallindustrie gegenwärtig arbeiten muß,

haben im Berichtsmonat eine weitere Verschärfung erfahren. Trotz der erheblichen Steigerung der Kohlen- und Kokspreise sind die nötigen Brennstoffe nur schwer erhältlich, so daß vielfach Betriebs-einschränkungen oder vorübergehende Stilllegungen vorgenommen werden mußten. Infolge des außerordentlichen Tiefstandes der deutschen Währung kostet 1 t schwedischen Erzes einschließlich Fracht zur Zeit annähernd 280 M gegen früher 19—20 M. Auch für die Erzeugnisse der Eisen- und Metallindustrie bestehen infolge des Verfalls der deutschen Währung ganz gewaltige Preisunterschiede am inländischen und ausländischen Markte. So kostet z. B. die t Stabeisen im Inlande annähernd 1000 M, während für dieselbe t im Auslande unschwer ein doppelter Preis zu erzielen ist. Das verstärkt die Neigung, Stabeisen und ähnliche Erzeugnisse nicht der Verfeinerung im Inlande zuzuführen, sondern unmittelbar im Auslande abzusetzen. Die Gewinne kommen nicht der Industrie zugute, die sich dann wenigstens für die Verteuerung der Selbstkosten schadlos halten könnte, sondern allerhand Händlern und Schiebern, denen das Schicksal der weiterverarbeitenden Industrie völlig gleichgültig ist.

Nach der Erhöhung der Brennstoff- und Roheisenpreise hatten die im Stahlbund vereinigten Erzeugergruppen mit Wirkung vom 1./10. erhebliche Preiserhöhungen beschlossen, die inzwischen die Zustimmung des Reichswirtschaftsministeriums gefunden haben.

Die Stahlerzeugung Deutschlands betrug nach vorläufiger Feststellung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller im September d. J. 734 956 t gegen 739 387 t im Vormonat und 1 161 794 t im September 1918 (ohne Elsaß-Lothringen und Luxemburg). Die durchschnittliche arbeitstägliche Erzeugung ist auf 28 268 t gefallen gegen 28 438 t im Vormonat und 46 471 t im September 1918 (ohne Elsaß-Lothringen und Luxemburg). In der Zeit vom Oktober 1918 bis einschließlich September 1919 wurden insgesamt 7 082 961 t Stahl erzeugt gegen 13 965 187 t in der gleichen Zeit des Jahres 1917/18. Seit dem Waffenstillstand ist demnach eine Mindererzeugung um 6 882 226 t oder rund die Hälfte eingetreten. Setzt man die Erzeugung vom Oktober 1918 gleich 100, so wurde der größte Tiefstand mit 36,4% im April dieses Jahres erreicht, in den bekanntlich der große Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet fiel. Die größte Erzeugung mit 68% weist der Juli dieses Jahres auf. Im September glich sie nur noch 62,7%.

Die chemische Industrie, vordem Kriege mit ein Hauptpfeiler des deutschen Außenhandelsgebäudes, zu deren Bekämpfung sich kürzlich in London eine Deutschland ausdrücklich ausschließende „Internationale Confederation der chemischen Industrie“ gebildet hat und deren Befehdung durch Einfuhrbeschränkungen und Zolltarife trotz des Friedenszustandes unvermindert fortgesetzt wird, hat sich dessenungeachtet so kräftig erholt, daß sie auf dem Weltmarkt wieder eine führende Rolle zu übernehmen in der Lage ist. Wie nötig das Ausland ihre Erzeugnisse braucht, zeigt die Durchlöcherung des amerikanischen Schutzzolltarifs für die Farbenindustrie durch ein System von Lizenzklauseln und die in neuerer Zeit wiederholten Versuche Amerikas, auf dem Wege der Entschädigung für deutsche sequestrierte Patente in die deutsche Industrie einzudringen. Diese Gefahr droht jetzt nur mehr den notleidenden Betrieben und kann da kaum zu einer Schwächung der Vormachtstellung Deutschlands in der Fabrikation höchstwertiger Farbstoffe und pharmazeutischer Präparate führen. Voraussetzung bleibt aber Sicherung der Entwicklungsmöglichkeit der Betriebe durch ausreichende Kohlenbelieferung. Welche Gefahr durch Minderbelieferung der chemischen Betriebe für die gesamte, auf deren Erzeugnisse angewiesene Inlandsindustrie und deren Arbeiter heraufgeführt wird, erhellt aus einer schätzungsweise Angabe einer Fachzeitschrift, wonach rund 40 000 Industrieunternehmungen und rund 6 Mill. Arbeiter mehr oder weniger direkt von der chemischen Industrie, speziell der Soda- und Teerherstellung, abhängen. Es fallen hierunter Betriebe der chemischen Industrie und Metallurgie mit 3000, Spinnstoffgewerbe mit 2500, Fabrikation von Seifen, Waschmitteln und Wäschereien mit 8000, Fabrikation von Nahrungs- und Genußmitteln mit 2400, Glas und Porzellan mit 600 und darüber hinaus noch etwa 7000 Betriebe, denen Soda im Interesse wirtschaftlichster Ausnutzung der Brennkraft, der knapp zugemessenen Kohlenmengen, für Kesselreinigung unentbehrlich ist. Bisher leiden aber noch die Betriebe aller Zweige der chemischen Industrie unter Kohlen- und Rohmaterialienmangel. Den Berichten zufolge könnte die Beschäftigung weit besser sein, muß aber lückenhaft bleiben, weil die Gefahr nicht regelmäßiger und eingeschränkter Kohlenbelieferung besondere Spar- und Vorsichtsmaßnahmen erforderlich macht. So verlautet aus Südwestdeutschland teils über eine Arbeit mit nur 10% des normalen Betriebes, teils über Stilllegung des größten Teiles des Betriebes, trotz starker Nachfrage nach den Erzeugnissen. — Auch die Kalkstickstoffherzeugung, ohne deren Produkte eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge kaum möglich ist, konnte, soweit bekannt, nur zur Hälfte arbeiten. — Eine Verbesserung der Lage infolge zunehmender Ausfuhrmöglichkeiten ließ sich bei den Fabriken pharmazeutischer Präparate feststellen. — Die Säurefabriken konnten ihre Betriebe wegen der Kohlennot meist nur in beschränktem Umfange weiterführen. — In der Fabrikation der

Druck-, Blei- und Zinkfarben wies die Beschäftigung gegen den Vormonat eine Besserung auf und war im ganzen zufriedenstellend. Die vorliegenden Aufträge konnten aus bekannten Gründen nur zum Teil ausgeführt werden. Die Lackfabrikation lag sehr gut. Hier traten Lohnerhöhungen um etwa 10% ein.

Im Spinnstoffgewerbe konnte im Berichtsmonat eine gewisse Besserung verzeichnet werden. Das gilt vor allem für die Baumwollindustrie. Wenn auch hier Rohstoffknappheit nach wie vor die Lage kennzeichnet, so hat die Aufhebung der Zwangswirtschaft doch eine gewisse Erleichterung gebracht. Vereinzelt gelang es auch, Rohstoffe und Garne aus dem Auslande hereinzubekommen. Für die Zukunft wird die allgemeine Aufhebung des Einfuhrverbots geplant. — Für die Seidenindustrie waren die hohen Rohstoffpreise nachteilig. In den Seiden- und Samtwebereien des Krefelder Bezirks hielt die bisher gute Beschäftigung auch im vergangenen Monat an, doch fehlte ihr die Stetigkeit infolge der Verkehrsschwierigkeiten und der dadurch bedingten Unregelmäßigkeit in der Kohlen- und Rohstoffbelieferung.

Im Zusammenhang mit der lebhafteren Tätigkeit im Spinnstoffgewerbe hat sich auch die Beschäftigung der Färbereien teilweise gebessert. Infolge der gesteigerten Gestehungskosten mußten Erhöhungen der Preiszuschläge bis zu 400% vorgenommen werden.

Für die Zuckerindustrie hat mit dem Monat September das neue Betriebsjahr begonnen. In dem abgelaufenen betrug die Rohzuckererzeugung nach der amtlichen Feststellung 11,95 Mill. dz (gegen 13,9 Mill. im Vorjahre). Diese Zahl wird unter den weit ungünstigeren Verhältnissen des Jahres 1919/20 keinesfalls erreicht werden. Die Schätzungen schwanken zwischen 16 und 18 Mill. Zentner, und selbst diese Zahlen erscheinen noch keineswegs gesichert. Zwar wird nach vorgenommenen Wägungen und Untersuchungen der Zuckergehalt der Rüben etwas höher, nämlich auf 17,95 gegen 16,30% (?) im Vorjahre angegeben, doch beträgt das Durchschnittsgewicht der Zuckerrüben mit Blättern nur 620 g gegen 1049 g im Vorjahre und ohne Blätter 408 gegen 529 g. Abgesehen aber davon, daß sich der Stand der Rübenfelder einer einheitlichen Beurteilung entzieht, bleibt infolge der Arbeitsverhältnisse fraglich, wieviel Rüben gerodet und wieviel der geernteten Rüben aus Kohlenmangel und Verkehrsschwierigkeiten nicht auf Zucker werden verarbeitet werden können. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß von den 293 Fabriken (gegen 307 im Vorjahre), deren Inbetriebnahme vorgesehen ist, noch einige infolge Kohlenmangels ausfallen. Von einem größeren Betriebe Süddeutschlands wird z. B. gemeldet, daß die Belieferung an Brennstoffen nur 15% des Bedarfs betrage und der Betrieb infolgedessen nicht aufgenommen werden kann. Für die Zuckersiedereien wird bereits jetzt seitens des Reichsernährungsamts damit gerechnet, daß die Kohlen nicht in hinreichendem Maße vorhanden sein werden. Um möglichst viel Rüben verarbeiten zu können, sollen auch vorerst nur die Zuckerrüben in Betrieb genommen und mit allen verfügbaren Kohlen beliefert werden, die Raffinerien dagegen noch bis Januar ruhen.

In den süddeutschen Brauereien konnte sich der Bierabsatz durchschnittlich auf gleicher Höhe wie im Vormonat halten. Im Badischen und Württembergischen hat die reiche Obst-ernte den Bierverbrauch späterhin etwas zugunsten der Mostversorgung eingeschränkt. Für das Berliner Braugewerbe war der Verlauf des Monats befriedigend und wies gegen den August eine wesentliche Steigerung auf. Besonders war der Verbrauch in den ersten Wochen stärker, um dann mit der zunehmenden Abkühlung wieder nachzulassen. — In der Beschäftigung der Spiritusindustrie ist gegen den Vormonat keine erhebliche Änderung eingetreten. Der Geschäftsgang blieb schwach und verschlechterte sich noch teils infolge Kohlenmangels, sodann aber auch, weil von dem Inkrafttreten des Monopols ein Rückgang der Preise und Schwierigkeiten in bezug auf das vorhandene Warenlager befürchtet werden.

Für Zement ist die Lage kaum verändert. Die Bedarfsmeldungen zeigen weiteren Anstieg. Jedoch bestehen Befürchtungen für eine Verschlechterung durch die ungünstigen Aussichten in der Kohlenbelieferung und die bevorstehende Zementabgabe für den Wiederaufbau in Nordfrankreich. In Bayern wird beabsichtigt, staatlicherseits ein Zementwerk zu erwerben, um den bayrischen Zementmarkt zu erleichtern. Die Zementpreise wurden zum Monatschluß infolge der eingetretenen Kohlenpreiserhöhung abermals hinaufgesetzt. Die Einfuhr böhmischen und schweizerischen Zements — neuerdings will angeblich auch Polen Zement ausführen — begegnet allerlei Hemmnissen, so daß sich aus diesen Lieferungen eine Erleichterung am deutschen Zementmarkt nicht ergibt.

Die Verhältnisse am Kalkmarkt stellen sich etwas besser. In der letzten Verteilungssitzung wurde beschlossen, den Baukalk im Gegensatz zu früher eine wesentlich stärkere Beachtung zuteil werden zu lassen. Ostpreußen soll dabei in besonderem Maße berücksichtigt werden, um den unter Baustoffmangel leidenden Wiederaufbau zu fördern.

Die Steinholzindustrie leidet unter größtem Mangel an Magnesit, da dieser unentbehrliche Rohstoff infolge der in Österreich noch ungünstigeren Beförderungsverhältnisse kaum herangebracht werden kann.

Die Glas-, Porzellan- und Steingutindustrie konnte im verflossenen Monat auf einen günstigen Geschäftsverlauf zurückblicken. Die optische Industrie fand durch die Leipziger und Frankfurter Messe vielfach die erhoffte Besserung des Ein- und Ausfuhrgeschäftes. — Die Fabrikation von Beleuchtungskörpern hatte gut zu tun, vor allem durch reichliche Aufträge aus dem Auslande. Der dauernde Kohlenmangel beeinträchtigt die Aufrechterhaltung der teilweise ohnehin nur mit einem Drittel des Friedensumfanges beschäftigten Betriebe. — Bei den Spiegel- und Tafelglasfabriken hielt die gute Geschäftslage unverändert an. Wegen geringer Kohlenzufuhr konnte nur teilweise gearbeitet werden. Die Herstellung von Hohl- und Preßglas hatte gut zu tun. Die Fabriken für chemisch-pharmazeutische und Laboratoriumsgläser hatten sehr rege Nachfrage und infolgedessen flotteren Geschäftsgang. — In der Flaschenindustrie kam es nach Verhandlungen über einen Reichstarif zu einem Schiedsspruch, der eine Lohnerhöhung von 10—15%, eine einmalige Teuerungszulage von 100 M und 3 bis 6 tägigen Jahresurlaub vorsieht.

Die Porzellanindustrie hat durch die Leipziger Messe reichliche Aufträge erhalten, so daß im Hinblick auf die Kohlenversorgung eine fast unerwünschte Mehrung des Arbeitsstoffes erfolgte. In Gebrauchsporzellan bestand rege Nachfrage aus Amerika und den neutralen Ländern. In Luxusporzellan erteilten englische und Pariser Häuser größere Aufträge. — In der Steingutindustrie hat die Beschäftigung keine Verbesserung erfahren. Die Nachfrage nach Verbrauchsgeschirr war stark und konnte mangels Kohle längst nicht befriedigt werden. Insbesondere leiden hierunter die Auslandsaufträge, da in erster Linie die Inlandskundschaft bedacht wurde.

Die Lage der Papierindustrie hat im September gegenüber dem Vormonat keine Erleichterung erfahren. Die Beschaffung sowohl deutschen als ausländischen Zellstoffes ist nach wie vor sehr schwierig. Infolge des niedrigen Wasserstandes ist auch Holzstoff nur schwer zu beschaffen. Die Nachfrage nach Papier stieg weiter. Nicht allein das Inland trat mit großem Bedarf an die Hersteller heran, sondern auch das gesamte Ausland in beträchtlichem Umfang. Es mußten aber zahlreiche Aufträge abgelehnt werden, weil es an Rohstoffen und Betriebsmitteln, in erster Linie an Kohlen gebricht. — Die Zellstoffabriken können schon seit längerer Zeit nur mit Unterbrechungen arbeiten. Viele Anlagen stehen bereits seit Monaten völlig still. Die beginnenden Kohlenlieferungen an die Verbandsmächte lassen eine weitere Verschlechterung der Beschäftigung befürchten, woraus dann wieder für die weiter verarbeitenden Fabriken, insbesondere für die Tagespresse, Schwierigkeiten entstehen dürften.

Die Gummiindustrie meldet im allgemeinen zufriedenstellende Beschäftigung. Aufträge lagen teilweise reichlich vor, konnten aber wegen Mangel an Kohle und Rohmaterial nicht ausgeführt werden. Die Herstellung von Fahrradreifen hat sich durch Belebung des Marktes im allgemeinen weiter gehoben. Kohlenmangel brachte aber vereinzelt auch größere Betriebe zum Stillstand. (Nach „Reichs-Arbeitsblatt“, XVII. Jahrgang Nr. 10.) Wth.

Personal- und Hochschulnachrichten.

Es wurden ernannt (berufen): Dr. K. Joh. Freudenberg, Privatdozent an der Universität Kiel und erster Assistent an dem dortigen chem. Institut, zum Professor; Prof. Dr. Fr. Schulz in die neubegründete a. o. Professur der physiologischen (medizinischen) Chemie in Jena.

Personalnachrichten aus Handel und Industrie.

Es wurde ernannt: Dr.-Ing. Fr. Kuczera, Sternberg, zum Referent über chemische Industrie bei der Rada Nařodowa des Herzogtums Teschen.

Zu Vorstandsmitgliedern wurden gewählt: Bankherr H. Albert u. Obersekretär N. Kielholz, Magdeburg, bei der Gewerkschaft Viktoria in Lobstädt; Dr. jur. W. Baare, Kommerzienrat, Bochum, J. Heintzmann, Bergrat, Bochum, und R. Müser, Geh. Kommerzienrat, Dortmund, bei der Gewerkschaft Friedrich der Große in Herne.

Zu Geschäftsführern wurden bestellt: M. Aronthal, A. Isaac und S. Landsberg bei der Fa. „Chemica“ Chemische und Technische G. m. b. H., Frankfurt a. M.; Dr. med. vet. O. Feuge und Fr. Röver, Hannover, bei der Fa. Chemisches Werk, Tiernährmittel u. chem.-pharm. Präparate Dr. med. vet. Feuge G. m. b. H., Hannover.

Prokura wurde erteilt: Rechtsanwalt Dr. jur. O. Cleffmann, Bochum, H. Heiermann und Joh. Maul, Gerthe, bei der Gewerkschaft „Johannessegen“ zu Bredenscheid; H. Franken, Berlin-Wilmersdorf, bei den Chemischen Werken für Textil-Industrie, G. m. b. H., Hamburg.

Gestorben ist: Hüttendirektor J. Dehez zu Duisburg, im 49. Lebensjahre.